

# Steinbruchgegner machen sich weiter Mut

Bürgerinitiative will den Kampf nicht aufgeben. **Drei Anwohner klagen.** Kritik an mangelnder Überwachung des Großprojekts.

VON UNSERER MITARBEITERIN  
HEIKE EISENMENGER

**STOLBERG-BREINIG.** „Das Spiel hat noch gar nicht angefangen! Es ist nur wichtig, dass uns nicht die Puste ausgeht“, machte Professor Christoph Clauser, Mitglied der Bürgerinitiative „Rettet das Münsterländchen – Kein neuer Steinbruch zwischen Breinig, Dorff und Kornelimünster“, bei der Jahreshauptversammlung seinen Mitstreitern Mut. Rund 80 Mitglieder hatten sich in der ehemaligen Schule von Breiniger Berg am Montag getroffen, um sich über den aktuellen Stand der Widerstandsverfahren zu informieren.

Seit 2002 schwelt der Konflikt, kämpfen über 300 Anwohner im Verbund als Bürgerinitiative gegen den Steinbruch der Firmen Bles und BSR zwischen Breinig und Kornelimünster.

## Stolpersteine

Den Optimismus zu behalten, ist hinsichtlich der Stolpersteine, mit denen die Bürgerinitiative in der Vergangenheit zu kämpfen hatte, nicht immer einfach. Vor allem die nicht klar definierten Zuständigkeiten der Behörden seien ein großes Problem, erklärte Franz-Theo Muyrers, Vorsitzender der Initiative. Ein Problem sei aber auch der juristische Handlungsspielraum der Initiative, der für einen Laien zuweilen schwer nachzuvollziehen ist.

Nicht eben beruhigend ist für die über 300 Mitglieder die Tatsache, dass die Arbeiten auf dem Abbaufeld „Loferbusch“ bereits begonnen haben. Deutlich ist von der L 12 her ein Erdwall zu sehen. Das Erdreich wurde als vorbereitende Maßnahme für den Abbau im Rahmen einer Teilgenehmigung abgetragen.

Die Initiative hat dazu gelernt, nachdem lediglich 82 der 186 Betroffenen, die Widerspruch gegen die Genehmigung eingelegt hatten, gescheitert waren. Ob eine Klage zugelassen wird oder nicht, hängt maßgeblich von der Entfernung des Klägers zum Steinbruch ab. Aussicht auf Erfolg haben nur



Sorgt seit Jahren für Auseinandersetzungen: der Steinbruch zwischen Breinig und Kornelimünster.

Foto: H. Eisenmenger

die Kläger, die in direkter Nähe des Steinbruchs wohnen. Ein unmittelbar Betroffener klagt jetzt, um die Stilllegung der Arbeiten zu erzwingen, bis die Rechtmäßigkeit der Genehmigung überprüft ist. Die Rechtmäßigkeit der Genehmigung wird in einem weiteren Verfahren, das von drei Betroffenen getragen wird, überprüft.

Als Gemeinschaft hat der Verein indes juristisch kaum Möglichkeiten, aktiv zu werden. Die hätte die Initiative nur dann, wenn sie – so die Aussage der Juristen – sich gegründet hätte, bevor es die Pläne zum Steinbruch gab.

Das Trio klagt gegen die Bezirksregierung. Es geht im Kern darum, dass der Regierungspräsident überhaupt die Genehmigung für den Abbau erteilt hat. Für Muyrers liegt der Fall klar auf der Hand: „Die Bezirksregierung konnte doch damals gar nicht anders, als

die Genehmigung zu erteilen, denn die Gegenseite drohte, die Behörde für die bisherigen Investitionen und für alle Gewinnauffälle bis 2052 haftbar zu machen. Wir reden hier von Regressansprüchen in astronomischer Höhe. Die Bezirksregierung konnte dieses fi-

**„Das Spiel hat noch gar nicht angefangen! Es ist nur wichtig, dass uns nicht die Puste ausgeht.“**

**PROFESSOR CHRISTOPH CLAUSER,  
MITGLIED DER BÜRGERINITIATIVE**

nanzielle Risiko nicht eingehen, hat die Genehmigung erteilt und ist damit juristisch auf der sicheren Seite.“ Und das auch in dem Fall, sollte ein Gericht im Nachhinein die Unzulässigkeit der Genehmigungserteilung feststellen.

Die drei Kläger werden finanziell unterstützt: Losgelöst vom Verein wurde ein Solidaritätskon-

to eingerichtet, damit Anwälte und Gerichtskosten bezahlt werden können. „Die Gelder vom Vereinskonto dürfen für Klagen nicht verwendet werden, weil wir sonst in Gefahr laufen, unsere Gemeinnützigkeit zu verlieren.“

Muyrers und seinen Vorstandskollegen kritisieren vor allem, dass es für ein Großprojekt in diesem Ausmaß, welches über Jahrzehnte das Landschaftsbild nachhaltig verändert, bis dato keine festen Strukturen und Überwachungsmechanismen gibt. Im Zuge einer Neustrukturierung der Behörden, so Muyrers, seien die Zuständigkeiten noch in keiner Weise geklärt.

„Auch die Definitionen sind schwammig: Es heißt, dass in den beiden Abbaugebieten im wöchentlichen Wechsel abgebaut werden soll. Aber was beinhaltet das eigentlich genau?“ Auch die von den Firmen genannten Abbaumengen seien faktisch nicht begründet. „Als die Gegenseite

Wind davon bekam, dass wir das Gutachten einsehen wollten, haben die es sofort zurückgezogen“, behauptete der Vorsitzende.

Sorgenvoll betrachtet der Vorstand auch das Thema „Auffüllen“. „Auffüllmaterial kann überall herkommen. Was ist, wenn hier mit verseuchtem Material aus Stolberg aufgefüllt wird und wir auf einer Schadstoffdeponie, für die es ja in Stolberg ausreichend Beispiele gibt, sitzen bleiben?“, gab Franz-Theo Muyrers zu bedenken.

Im Rahmen der Versammlung standen Teilwahlen im Vorstand an. Einstimmig wiedergewählt wurde die stellvertretende Vorsitzende Christel Weins. Auch der Beisitzer Manfred Hilger, die Kassenprüferin Gerta Hilger und Hubert Wagemann wurden bestätigt. Neu als Kassenprüferin dabei ist Ilse Hüls.